



Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.  
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Dienstag, 12. September 1978

Blatt 2191

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS

ausgesendet: Kreis- und Bezirkswahlvorschläge eingebracht  
(violett)

Kommunal:

(rosa) Wiener Gemeinderat  
Eröffnung von zwei neuen Personalwohnhäusern

Lokal:

(orange) Seniorenrendezvous in Döbling  
Beratung für künftige Pensionisten  
Zweimillionster Besucher im Haus der Begegnung  
Floridsdorf  
Ausstellung "70 Jahre Sportklub Wacker"  
Galerie Alsergrund: "Der Hof - mein Spielplatz"  
Neue Einbahnführung in der Kaiserstraße  
Wiener Marktbeamte sammelten schon mehr als 3.300  
Schleudern

Sport:

(grün) Beim "Tag des Sportes": Rhönrad-Turner aus der BRD

.....  
bereits am 11. september 1978 ueber fernschreiber ausgesendet  
.....

k o m m u n a l :

=====

gemeinderats- und bezirksvertretungswahlen:

kreis- und bezirkswahlvorschlaege eingebracht

10 wien, 11.9. (rk) einer der wichtigen termine bei der vorbereitung der gemeinderats- und bezirksvertretungswahlen am 8. oktober war der vergangene sonntag: bis 10. september mussten die kreis- und bezirkswahlvorschlaege der einzelnen parteien eingebracht sowie - fuer jene parteien, die nicht im gemeinderat vertreten sind - die notwendige anzahl von unterstuetzungserklaerungen geleistet werden. unterstuetzungserklaerungen wie auch kreis- und bezirkswahlvorschlaege muessen jetzt noch von den bezirkswahlbehoerden ueberprueft werden. bei den gemeinderats- und bezirksvertretungswahlen am 8. oktober werden daher - soweit sich im rahmen der ueberpruefung keine aenderungen ergeben - folgende parteien gewaehlt werden koennen:

die sozialistische partei oesterreichs (spoe), die oesterreichische volkspartei (oevp) und die freiheitliche partei oesterreichs (fpoe) werden am 8. oktober 1978 in allen 18 wiener wahlkreisen fuer die wahl zum gemeinderat und in allen 23 bezirken fuer die wahl zur bezirksvertretung kandidieren.

die kommunistische partei oesterreichs (kpoe) kann in den 18 wahlkreisen und in allen bezirken mit ausnahme des 1. bezirks kandidieren, hier erreichte sie nicht die notwendige zahl an unterstuetzungserklaerungen.

die wahlgemeinschaft fuer buergerinitiativen und umweltschutz (wbu) kann in den wahlkreisen zentrum, innen-west, landstrasse, favoriten, hietzing, penzing, waehring, doebling, floridsdorf und

12. september 1978

''rathaus-korrespondenz''

blatt 2193

Liesing (die notwendige zahl der unterstuetzungserklaerungen wurde in den wahlkreisen Leopoldstadt, Simmering, Meidling, Rudolfsheim-fuenfhaus, Ottakring, Hernals, Brigittenau und Donaustadt nicht erreicht) sowie in allen bezirken mit ausnahme des 1., 7., 8. und 20. bezirks.

der kommunistische bund oesterreichs (kb) hat die notwendige zahl an unterstuetzungserklaerungen im wahlkreis zentrum, die nationaldemokratische partei (ndp) im wahlkreis innen-west erhalten. (hs)

1355

L o k a l :

=====

## seniorenrendezvous in doebbling

1 wien, 12.9. (rk) zu einem seniorenrendezvous laedt der doeblinger bezirksvorsteher richard s t o c k i n g e r die senioren ein. das seniorenrendezvous findet donnerstag, dem 14. september, um 15 uhr, im haus der begegnung, 19, gatterburggasse 2 a, statt.

der doeblinger musikverein "oboe" gibt ein blaskonzert und unter dem motto "immer vergnuegt" sorgt ein kabarettprogramm mit kuenstlern von funk und fernsehen fuer unterhaltung. (ka)

0837

## beratung fuer kuenftige pensionisten

2 wien, 12.9. (rk) der leopoldstaedter bezirksvorsteher rudolf b e d n a r veranstaltet fuer jene bewohner des zweiten bezirkes, die demnaechst in pension gehen werden, am 14. september, um 19 uhr, im haus der begegnung leopoldstadt, praterstern 1, einen beratungsabend. den pensionsanwaertern stehen fuer auskuenfte und ratschlaege fachleute verschiedener sozialversicherungssparten zur verfuegung.

(ka)

0840

## zweimillionster besucher im haus der begegnung floridsdorf

3 wien, 12.9. (rk) ein doppeltes jubilaeum feiert das haus der begegnung floridsdorf diese woche: sein zehnjaehriges bestehen und den zweimillionsten besucher. dieser jubilaeumsgast wird donnerstag, den 14. september im rahmen eines um 19.30 uhr beginnenden konzertes im haus der begegnung 21, angererstrasse 14 von vizebuergmeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r geehrt werden. (may)

0842

L o k a l :

-----

## drittes bundesgymnasium fuer floridsdorf

4 wien, 12.9. (rk) donnerstag, den 14. september, findet um 9 uhr die eroeffnung des bundesgymnasiums und bundesrealgymnasiums in wien 21, oedenburger strasse 74, statt. nach einer ansprache des amts-fuehrenden praesidenten des stadtschulrates fuer wien hofrat dr. hermann s c h n e l l wird der bundesminister fuer bauten und technik josef m o s e r diesen neubau eroeffnen und landeshauptmann leopold g r a t z in seiner eigenschaft als praesident des stadtschulrates fuer wien zur benuetzung uebergeben.

damit erhaelt floridsdorf ein drittes bundesgymnasium. in diesem gebaeude sind 44 klassen mit 1.447 schuelern (636 knaben und 811 maedchen) untergebracht. die oberstufe wird als neusprachliches gymnasium, naturwissenschaftliches und mathematisches realgymnasium gefuehrt.

mit dieser eroeffnung findet das dritte grosse bundesschulprojekt, das mit vorfinanzierung der gemeinde wien ermoeeglicht wurde, seinen erfolgreichen abschluss. (red)

0846

## bezirksmuseum meidling:

## '70 jahre sportklub wacker'

5 wien, 12.9. (rk) kommenden freitag, den 15. september, um 17 uhr, wird vizebuergemeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r im bezirksmuseum meidling 12, kobingergasse 7, zwei sonderausstellungen eroeffnen. die erste ausstellung traegt den titel 'meidling - unser bezirk' und zeigt den 12. bezirk aus der sicht von schuelern aus insgesamt 13 meidlinger volksschulen, hauptschulen und polytechnischen lehrgaengen, in form von zeichnungen.

in einer zweiten ausstellung, sie betitelt sich '70 jahre sportklub wacker', wird an hand zahlreicher exponate (fotos etc) eine uebersicht ueber die 70jaehrige geschichte dieses traditionsreichen fussballklubs vermittelt. die beiden ausstellungen sind jeweils sonntags in der zeit von 10 bis 12 uhr geoeffnet. (zi)

0849

L o k a l :

=====

galerie alsergrund:

"der hof - mein spielplatz"

6 wien, 12.9. (rk) im mai dieses jahres hatte bezirksvorsteher karl s c h m i e d b a u e r die schueler des 9. bezirktes eingeladen, ihm zu schildern, wie sie sich ihren hof vorstellen, eine zeichnung, einen aufsatz, ein bild ueber einen "wunschspielplatz" im hof zu senden. obwohl die einladung erst knapp vor ende des schuljahres erfolgte, haben sich fast 500 schueler daran beteiligt. eine jury, der auch vertreter der zentralsparkasse angehorte, hat nunmehr die besten arbeiten ausgewaehlt. mittwoch um 18 uhr wird eine ausstellung der besten einsendungen in der galerie des bezirksmuseums alsergrund, 9, waehringer strasse 43, von bezirksvorsteher karl schmiedbauer eroeffnet werden. bei dieser gelegenheit wird der bezirksvorsteher auch die preisverteilung vornehmen und den erfolgreichen teilnehmern kassettenrecorder, fotoapparate, schallplatten und buecher als preise ueberreichen. die ausstellung ist bis einschliesslich 8. oktober, und zwar mittwoch von 17 bis 19 uhr sowie sonntag von 10 bis 12 uhr geoeffnet. (z1)

0852

s p o r t :

=====

beim "tag des sportes":

rhoenrad-turner aus der brd

7 wien, 12.9. (rk) anlaesslich des "tag des sportes" in wien, der am 16. september auf anregung von stadtrat kurt h e l l e r durchgefuehrt wird, gibt es bei der grossveranstaltung im weststadion (beginn 17 uhr) auch eine vorfuehrung mit dem rhoenrad von bekannten brd-turnern. hier handelt es sich um eine sportdisziplin, die sich obwohl in oesterreich weniger bekannt, international grosser attraktivitaet erfreut. der deutsche turnerbund nannte folgende riege fuer die veranstaltung am 16. september in wien:

gabriele schumacher (tc 72 Leverkusen), deutsche vizemeisterin der jahre 1974 und 1976

brigitte wendler (tc Leverkusen), dipl. sportlehrerin und trainerin, rheinisch/westfaelische meisterin 1977 und 78

andrea guenther (tc 72 Leverkusen), 10. platz bei den deutschen jugendmeisterschaften (unter 60 teilnehmern)

dietmar freiburg (esv finnentrop), rheinisch/westfaelischer meister der jahre 1969 bis 1977, 1978 wurde er deutscher jugendmeister, ab 1970 "ewiger 3."

juergen michaelis (tc 72 Leverkusen), zweiter der rheinisch/westfaelischen jugendmeisterschaften

axel friedrich (tc 72 Leverkusen), 3. rheinisch/westfaelische jugendmeisterschaften.

kostenlose karten fuer die veranstaltung sind noch in einigen filialen der "z" und in der stadtinformation erhaeltlich. (hof)

0856

k o m m u n a l :

\*\*\*\*\*

## eroeffnung von zwei neuen personalwohnhaeusern

9 wien, 12.9. (rk) in den letzten jahren wurden seitens der stadtverwaltung die bemuehungen, das personal im bereich der krankenanstalten zu vergroessern, wesentlich verstaerkt. neben der erweiterung der krankenpflegeschulen wurde besonders der bau von personalwohnhaeusern forciert. kommenden donnerstag, dem 14. september, werden gesundheits- und sozialstadtrat univ.-prof. dr. alois s t a c h e r und bauteamstadtrat hans b o e c k in floridsdorf in der freytaggasse 25 - 31 und in der patrizigasse 1 - 3, zwei neue personalwohnhaeuser eroeffnen. die beiden personalwohnhaeuser verfuegen ueber 145 wohnungen und wurden mit einem gesamtkostenaufwand von 82,2 millionen schilling erbaut und eingerichtet. (z1)

1048



L o k a l :

\*\*\*\*\*

wiener marktbeamte sammelten schon mehr als 3.300 schleudern

12 wien, 12.9. (rk) ohne die anordnung von gesundheitsminister dr. ingrid l e o d o l t e r zur einsammlung der in verschiedenen geschaeften angebotenen gefaehrlichen schleudern abzuwarten, haben wiener marktamtsbeamte bereits montag auf eigene initiative mit der beschlagnahme dieses gefaehrlichen kinderspielzeugs begonnen. mehr als 3.300 exemplare wurden schon sichergestellt. es handelt sich bei diesen geraeten, die kuerzlich einem buben ein auge kosteten, um deutsche und italienische erzeugnisse. (wfz)

1214

belagsarbeiten in der kaiserstrasse - neue einbahnfuehrung

10 wien, 12.9. (rk) in der kaiserstrasse werden derzeit belagsarbeiten durchgefuehrt. der baufortschritt bringt es mit sich, dass ab mittwoch, 13. september, der verkehr in der gegenrichtung, also von der westbahnstrasse zur mariahilfer strasse, einbahnig gefuehrt wird. (and)

1100

k o m m u n a l :

-----

## wiener gemeinderat (1)

11 wien, 12.9. (rk) der wiener gemeinderat trat dienstag unter dem vorsitz von gemeinderat s c h r e i n e r (spoe) zu der von oevp und fpoe gemeinsam verlangten sitzung zusammen. der aus der oevp ausgetretene gemeinderat elmar neunteufel hatte sich entschuldigt.

erstmalig begann die sitzung mit der fragestunde, die seit aenderung der stadtverfassung vorgesehen ist.

## fragestunde

-----

1. a n f r a g e von gr. h a h n (oevp) an den buergermeister: warum haben sie nicht die ungekuerzte fassung des kontrollamtsberichtes ueber grundstueckstransaktionen sowie die berichte der holding ueber liegenschaftstransaktionen der gesiba und fertigteilbau-wien allen mitgliedern des gemeinderates vorgelegt?

a n t w o r t : vom kontrollamt wurden 2.223 berichte gemacht, davon 484 direkt an den buergermeister. die stadtverfassung sieht eine verpflichtung der weitergabe an alle gemeinderate nicht vor, weil eine derartige ueberfuelle von informationen nicht sinnvoll und praktikabel erscheint. gerade die ergebnisse der untersuchung der marco-polo-gruende haben jedoch im wahrnehmungsbericht des kontrollamtes, der dem gemeinderat vorgelegt wurde, ihren niederschlag gefunden. der bericht wurde den klubobmaennern der im gemeinderat vertretenen partien zugaenglich gemacht, dem informationsbeduerfnis daher rechnung getragen. was die holding betrifft, liegt kein kontrollamtsbericht vor, doch habe der zustaendige stadtrat in der stadtssenatssitzung vom 30. august, einen bericht darueber gegeben.

1. z u s a t z f r a g e : glauben sie nicht, dass die hundert volksvertreter den gesamten pruefbericht samt unterlagen haben sollen?

a n t w o r t : hier liegt eine terminologische verwechslung vor. es gibt neben dem alljaehrlichen kontrollamtsbericht eben die

vielen berichte mit tausenden seiten. wenn der gemeinderat der meinung ist, dass alle diese berichte vorgelegt werden, muesste dem gemeinderat eine weitere aenderung der stadtverfassung vorgeschlagen werden.

2. z u s a t z f r a g e : der bericht ueber die marco-polo-gruende geht in seiner bedeutung ueber die anderen 484 einzelwahrnehmungen hinaus. warum sagten sie, die oevp will den wahlkampf kriminalisieren, wenn sie (der buergermeister - anmerkung der redaktion) diesen bericht anderthalb jahre zurueckgehalten haben.

a n t w o r t : ich habe den bericht nicht zurueckgehalten, sondern er wurde wie die anderen 483 berichte vorgelegt.

2. a n f r a g e von gr. dkfm. holger b a u e r (fpoe) an den buergermeister: sind sie bereit, eine umwidmung des noch unverbauten areals der langen luessen in grinzing in gruenland zu unterstuetzen?

a n t w o r t : flaechenwidmungen duerften nicht als beliebig veraenderbar angesehen werden, sondern nur, wenn wichtige ruecksichten dies erfordern. der flaechenwidmungs- und bebauungsplan fuer das genannte gebiet, das schon frueher bauland war, wurde vom gemeinderat am 11. september 1975 festgelegt. die flaechen wurden weitgehender beschraenkung in der bebaubarkeit unterworfen. der gemeinderat sah keine veranlassung fuer eine gruenlandwidmung. seither sind keine neuen gesichtspunkte erkennbar.

1. z u s a t z f r a g e: bewohner grinzings sind bereit, das areal zurueckzukaufen, damit es zu gruenland gewidmet wird. sind sie bereit, das zu unterstuetzen?

a n t w o r t : ich bin ueberzeugt, dass sich in solchen faellen, die organe der stadtverwaltung dazu positiv verhalten werden.

2. z u s a t z f r a g e : ist bekannt, dass bei der bauverhandlung anrainer nicht eingeladen waren? sind sie bereit, den baubescheid zurueckzuziehen?

a n t w o r t : ich bin bereit, das ueberpruefen zu lassen.

3. a n f r a g e von str. dr. g o l l e r (oevp) an den buergermeister: warum haben sie bei vorliegen desberichtes ueber die marco-polo-gruende nicht sofort wirksame massnahmen getroffen bzw. untersuchungen eingeleitet, um grundstuecksspekulationen im bereich der gemeinde wien zu verhindern?

a n t w o r t : sollte damit gemeint sein, dass im gemeindebereich spekulationen geschehen sind, muss ich eine solche unterstellung mit aller entschiedenheit zurueckweisen. was massnahmen gegen spekulanten betrifft, habe ich unmittelbar nach amtsantritt gesetzliche massnahmen gegen abbruchspekulanten vorgeschlagen. das geschah mit der mietrechtsaenderung. ueberdies wurde dafuer wirksam gesorgt, dass spekulationsverdaechtige bauvorhaben keine wohnbaufoerderung erhalten. die nunmehr vorgeschlagenen bundesgesetzlichen regelungen wuerden weitere wirksame massnahmen sein.

1. z u s a t z f r a g e : wieso haben sie nach vorliegen des kontrollamtsberichtes nicht unaufgefordert die staatsanwaltschaft unterrichtet?

a n t w o r t : wie bereits gesagt, gab es dazu keine veranlassung. der bericht war im kontrollamtsbericht an den gemeinderat enthalten.

2. z u s a t z f r a g e : nach anderthalbjaehriger untaetigkeit wird jetzt die holding ueberprueft. stimmt es, dass wichtige unterlagen nicht mehr auffindbar sind?

a n t w o r t : ueber die holding wurde vom zustaendigen stadtrat ein bericht veranlasst. darueber hinaus kann derzeit nichts festgestellt werden. (smo) (forts)

1209

gemeinderat (2):

fragestunde (forts.)

13 wien, 12.9. (rk)

4. a n f r a g e von gr. b r a u n (spoe) an stadtrat m a y r (spoe): welche massnahmen wird die stadtverwaltung angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen situation fuer die wiener wirtschaft ergreifen?

a n t w o r t : das bruttonationalprodukt ist im ersten quartal 78 zwar leicht gesunken, die arbeitslosenrate liegt jedoch mit nur 1,2 prozent unter dem bundesdurchschnitt. zur ankurbelung der wirtschaft werden folgende massnahmen gesetzt:

- o zusaetzliche aufschliessung von betriebsbaugebieten
- o massnahmen im kapitalbereich. fuer die strukturverbesserung stehen 66 millionen zur verfuegung.
- o gemeinsam mit der "z" wurde die innovationsgesellschaft gegrundet.

o gruendung der kapitalbeteiligungsgesellschaft mit einem grundkapital von 50 millionen

zukuenftige massnahmen werden die neuordnung der vergaberichtlinien und massnahmen zur imageverbesserung fuer den standort wien sein.

1. z u s a t z f r a g e : gibt es tendenzen, dass wiener betriebe abwandern?

a n t w o r t : diese tendenzen gibt es, da in den umlandgemeinden niedrige bodenpreise angeboten werden. in letzter zeit ist diese tendenz ablaufend.

2. z u s a t z f r a g e : wieviele zusaetzliche arbeitsplaetze koennen durch diese massnahmen gewonnen werden?

a n t w o r t : etwa hunderttausend arbeitsplaetze, so dass voraussichtlich in oesterreich die arbeitsplaetze fuer die naechsten zehn jahre gesichert sind.

5. a n f r a g e von gr. dr. erwin h i r n s c h a l l (fpoe) an finanzstadtrat hans m a y r (spoe): warum hat die firma fertigteilbau die liegenschaften erdberger laende 36 und auf der poetzleinsdorfer hoehe erworben?

a n t w o r t : der ankauf von grundstuecken als grundreserve bei der stadt wien, aber auch bei baufirmen sei eine durchaus uebliche vorgangsweise. das grundstueck auf der erdberger laende sei nicht von maklern erworben worden, sondern stamme aus dem anlagenbereich der wiener holding. der kaufpreis habe 31 millionen schilling betragen.

1. z u s a t z f r a g e : ist es bekannt, dass keine widmungsmaessige voraussetzung zur bebauung der grundstuecke gegeben sei?

a n t w o r t : fuer die erdberger laende liege ein konkretes projekt vor, die poetzleinsdorfer hoehe werde anderswertig verwendet.

2. z u s a t z f r a g e : ist es bekannt, dass die poetzleinsdorfer hoehe, die um 1.000 schilling pro quadratmeter gekauft wurde, jahrelang um 450 schilling pro quadratmeter angeboten wurde.

a n t w o r t : dies ist nicht bekannt.

6. a n f r a g e von gr. johanna d o h n a l (spoe) an stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe): wie wird die wiener bevoelkerung ueber die umfangreichen sozialen dienste der

stadt wien informiert?

a n t w o r t : stadtrat stacher verwies auf die broschuere "die stadt wien hilft - ein ratgeber fuer jedermann", die im sozialamt der stadt wien, in den magistratischen bezirksaemtern und in der stadtinformation aufliege, ebenso werde im rahmen der seniorenwoche das buergerservice der stadt wien und in jedem staedti-schen krankenhaus von diplomierten sozialarbeitern ueber die sozialen dienste der stadt wien und die moeglichkeit ihrer inanspruchnahme informiert. fuer diejenigen personen, die ploetzlich rasche infor-mationen beziehungsweise hilfe benoetigen, besteht der "notruf fuer gesundheit und soziales".

1. z u s a t z f r a g e : wieso ist es moeglich gewesen, dass eine private vereinigung wahlpropaganda in verbindung mit sozialen diensten betreibe?

a n t w o r t : er habe die privaten vereinigungen ersucht, keine wahlwerbung zu betreiben. dies wird auch in die vertraege zwischen der stadt wien und den privaten vereinigungen bindend auf-genommen. (ba) (forts)

1225

gemeinderat (3) :

fragestunde (forts.)

14 wien, 12.9. (rk)

7. a n f r a g e : von gr. d i n h o f (spoe) an stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe): ist die waehrend der sommer-monate erfolgte nichtbelegung von krankenbetten in staedti-schen krankenanstalten auf einen mangel an pflegepersonal zurueckzufuehren?

a n t w o r t : grundsaeztlich ist festzustellen, dass es seit vielen jahren in den sommermonaten zu gewissen engpaessen an betten gekommen ist, die unter anderem durch die personalsituation ausge-loest wurden. deshalb versuchte die magistratsabteilung 17 in den letzten beiden jahren, eine gleichmaessige aufteilung bei not-wendigen sperrern herbeizufuehren. so konnte besonders bei internen und chirurgischen abteilungen die notwendige bettenreduzierung auf einen laengeren zeitraum verteilt werden. waren zum beispiel 1976 von 3.143 systemisierten internen betten durchschnittlich 1.234 ge-sperrt, so lautete 1978 das verhaeltnis 3.153 zu 1.152. bei den

chirurgischen abteilungen konnte eine reduktion der zahl der gesperrten betten von 824 auf 768 erreicht werden. ein groesserer engpass konnte vermieden werden. es wird alles unternommen, um zu mehr schwestern zu kommen. die kapazitaet der krankenpflegeschulen wurde wesentlich erhoehrt. zusaetzliche personalwohnhaeuser wurden errichtet oder befinden sich derzeit in bau.

1. z u s a t z f r a g e : was wird gegen die unterschiedliche belegung in den spitaelern getan?

a n t w o r t : im auftrag von buergermeister gratz wurde das wiener krankbett-reservierungssystem eingefuehrt, das in der naechsten zeit auf saemtliche staedtische spitaeler ausgedehnt wird. dadurch wird eine optimale ausnuetzung der vorhandenen betten gewaehrleistet.

2. z u s a t z f r a g e : wie wirkt sich die verlaengerung des mindesturlaubs und die arbeitszeitverkuerzung auf die personalsituation aus?

a n t w o r t : zusaetzlich wurden 230 schwestern systemisiert. dieser stand ist aber noch nicht erreicht. auch dadurch entstehen natuerlich probleme.

8. a n f r a g e : von gr. dkfm. dr. maria s c h a u m a y e r (oevp) an stadtrat m a y r (spoe): welche betraege hat die stadt wien seit 1970 fuer gutachten, beratungs- und abschlusspruefungskosten an die "consultatio" bezahlt?

a n t w o r t : die bekanntgabe dieser daten ist gesellschaftsrechtlich problematisch. unter umstaenden koennten haftungsprobleme entstehen. offensichtlich soll diese frage nicht sachlicher information, sondern einer politischen verleumdungskampagne dienen. eine antwort ist trotzdem moeglich, weil die consultatio selbst zugestimmt hat. die bestellung der consultatio als abschlusspruefer fuer holding-unternehmen erfolgte stets einstimmig.

von den insgesamt 32 von der holding verwalteten unternehmen ist die consultatio bei acht als abschlusspruefer betraut. bei sechs davon erfolgte die bestellung zu einem zeitpunkt, als dr. androsch noch nicht finanzminister war. in vier faellen ist die consultatio mit der steuerberatung betraut, in drei davon erfolgt die bestellung, bevor androsch minister wurde. von insgesamt acht neugegruendeten tochterfirmen wurde die consultatio bei einer einzigen als abschlusspruefer bestellt.

1977 wurde die consultatio als abschlusspruefer fuer die holding bestellt, weil die oevp bei der gruendung der holding verlangt hatte, den abschlusspruefer alle drei jahre zu wechseln. im bereich der hoheitsverwaltung sind im wesentlichen zwei beratungsfirmen beschaeftigt, fuer die zwischen 1970 und 1978 durchschnittlich 463.000 aufgewendet wurden.

1. z u s a t z f r a g e : wen fuerchten sie bei einer bekanntgabe der daten zu schaden?

a n t w o r t : der holding.

2. z u s a t z f r a g e : wird die consultatio auch 1978 zum abschlusspruefer fuer die holding bestellt?

a n t w o r t : die consultatio wird so wie ihr vorgaenger drei jahre bestellt werden. aus sachlichen gruenden ist es zu bedauern, dass oft aus politischen gruenden eine andere firma beauftragt werden muss, um den finanzminister nicht verdachtigungen auszusetzen. (ger) (forts)

1310

gemeinderat (4):

fragestunde (forts)

15 wien, 12.9. (rk)

dringliche anfrage und antraege

-----

nach der fragestunde wurde der gemeinderat unter dem vorsitz von buergermeister leopold g r a t z mit der normalen tagesordnung fortgesetzt. dem gemeinderat lag eine d r i n g l i c h e a n f r a g e und ein d r i n g l i c h e r a n t r a g der oevp sowie ein d r i n g l i c h e r a n t r a g der fpoe vor.

die dringliche a n f r a g e der oevp:

1. was hat sie bewogen, dem wiener gemeinderat fuer die zur klaerung der bedauerlichen grundstuecksspekulationen verlangte sondersitzung jegliche unterlagen vorzuenthalten?
2. welche konsequenzen werden sie aus dem umstand ziehen, dass das kontrollamt der stadt wien ueber den ueberhoehnten kaufpreis und die art seines zustandekommens beim buerohaus der gesiba, wien 1,



rudolfsplatz 13 a, anscheinend keine wahrnehmungen machte, waehrend die holding ermittelte, dass die gesiba einen ueberpreis von 11 millionen schilling zahlte?

3. welche veranlassungen haben sie aufgrund der meldung der az vom 3. september 1978 getroffen, wonach die wiener stadterneuerungsgesellschaft, eine tochterfirma der gesiba, das grundstueck wien 3, reisnerstrasse 55 - 57, zu einem um 7 millionen schilling ueberhoehnten preis kaufte?
4. wie erklaren sie sich, dass das kontrollamt auch an dieser transaktion vorbeersah?
5. sind sie bereit, dem wiener gemeinderat die nutzniesser der bisher bekanntgewordenen ueberpreiszahlungen zu nennen?
6. wie stellen sie sich in ihrer verantwortung als buergermeister und eigentuemervertreter die restlose klaerung und kuenftige verhinderung der zum nachteil der steuerzahler und wohnungswerber erfolgten manipulationen und transaktionen im bereich der stadt wien vor?

der d r i n g l i c h e o e v p - a n t r a g :

1. der herr buergermeister wird beauftragt, umgehend eine reform und neuorganisation des magistrates ausarbeiten zu lassen und den zustaeendigen gremien des gemeinderates zur beratung und beschlussfassung vorzulegen, wodurch in grundstuecksangelegenheiten die moeglichkeit ausgeschaltet wird, dass durch kenntnis magistratsinterner arbeitsbehelfe und massnahmen grundstuecksspekulanten gegen die interessen der allgemeinheit und der wiener steuerzahler ungerechtfertigte gewinne erlangen koennen.
2. der gemeinderat soll ehestens richtlinien fuer die zusammensetzung, aufgaben und arbeitsweise von grundverkehrscommissionen beschliessen, die im begutachtungsverfahren die preisangemessenheit und widmungserfordernisse von Liegenschaften, deren ankauf durch die gemeinde wien beabsichtigt ist, beurteilen sollen.

diese grundverkehrscommissionen sollen sich wie folgt zusammensetzen: ein rechtskundiger vorsitzender, zwei rechtskundige stellvertreter aus den reihen der bediensteten der stadt wien, ausgenommen jene, die mit der verwaltung von gemeindeeigenen Liegenschaften befasst sind. ein von der gemeinde wien nominierter allgemein beeideter gerichtlicher sachverstaendiger, der vertrags-

partner sowie ein von diesem nominierter allgemein beeideter gerichtlicher sachverstaendiger.

das gutachten der grundverkehrskommission ist den zustaeendigen organen vor beschlussfassung der liegenschaftstransaktion vorzulegen.

3. die zustaeendigen magistratsdienststellen sind anzuweisen, antragen ueber grundstueckstransaktionen der gemeinde wien weiters beizulegen:

a) in fotokopie jene grundbuecherlichen unterlagen, aus denen hervorgeht, zu welchem preis die besitzer und vorbesitzer innerhalb der letzten 15 jahre das betreffende grundstueck gehandelt haben.

b) die plandokumente ueber in diesem zeitraum durchgefuehrte aenderungen der flaechenwidmungs- und bebauungsbestimmungen.  
der d r i n g l i c h e f p o e - a n t r a g :

1. das kontrollamt der stadt wien wird ersucht, dem gemeinderat ehestens einen bericht ueber die grundtransaktionen sowie die wirtschaftliche lage der fertigteilbau wien ges.mbh. vorzulegen.

2. der amtsfuehrende stadtrat fuer finanzen und wirtschaft moege im wege der wiener allgemeinen beteiligungs- und verwaltungsges. mbh sicherstellen, dass der erwerb von grundstuecken, deren flaechenwidmung die angestrebte nutzung nicht gestattet, von den der gemeindeholding angehoerenden firmen nur im einvernehmen mit den zustaeendigen organen des gemeinderates erfolgen kann.

die dringliche anfrage und die dringlichen antraege werden nach erledigung der normalen tagesordnung behandelt. (sei) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (5):

mitteilung von stadtrat mittel

16 wien, 12.9. (rk) der amtsfuehrende stadtrat heinz n i t t e l machte in vertretung des erkrankten und fuer Liegenschaftswesen zustandigen stadtrates, vizebuergermeister hubert pfoch, dem gemeinderat folgende mitteilung:

"der wiener stadtsenat hat in zwei sitzungen am 23. und 30. august 1978 die in der oeffentlichkeit erhobenen vorwuerfe, dass bei grundankaufen der stadt wien spekulanten beguenstigt wurden, beraten. diesen sitzungen wurden die drei klubobmaenner der im gemeinderat vertretenen parteien und der herr kontrollamtsdirektor beigezogen.

auf grund der verschiedenen veroeffentlichungen in oesterreichischen zeitungem hat der herr buergermeister am 21. juli 1978 die drei klubobmaenner der im gemeinderat vertretenen parteien in die kontrollamtsberichte ueber die zitierten grundankaufe und die dazu gehoerige korrespondenz einsehen lassen. in der folge wurden den teilnehmern an den sitzungen des stadtsenates vom 23. und 30. august 1978 unterlagen in fotokopie ausgehaendigt.

in der sitzung vom 23. august 1978 habe ich die beratungen mit einem bericht eingeleitet. dabei habe ich folgendes ausgefuehrt:

grundstueckspolitik

die stadt wien hat von jaenner 1974 bis juni 1978 3,082.341 quadratmeter grund in wien erworben. zur erreichung dieses zielees waren 688 grundtransaktionen erforderlich. rund 24 prozent der erworbenen liegenschaften wurden fuer wohnbauzwecke, 16 prozent als bauerwartungsland, 18 prozent fuer infrastruktureinrichtungen und 7 prozent als strassengrund erworben. der durchschnittliche kaufpreis pro quadratmeter im jahre 1974 von 258 s, 1975 von 542 s, 1976 von 523 s, 1977 von 495 s und 1978 von 441 s widerspiegelt in gewisser weise die allgemeine konjunkturelle situation, ist aber auch ein beweis fuer die bemuehungen der stadt wien, die grundpreise in wien

moeglichst niedrig zu halten.

### spekulationsgewinne

von jenen personen, die in den presseveroeffentlichungen als spekulanten bezeichnet wurden, hat die stadt wien in den letzten 4 jahren nur ein einziges grundstueck erworben, weitere vier wurden aus konkursmassen ersteigert. der vorwurf, dass die stadt wien ueber makler zu ueberhoehnten preisen gekauft hat, trifft somit fuer diese zeit, wie damit bewiesen wird, sicher nicht zu.

### listen

in den veroeffentlichungen wurde der vorwurf erhoben, dass im magistrat listen ueber zu erwerbende grundstuecke aufgestellt und an spekulanten weitergegeben wurden, was diesen zu ungebuehrlichen gewinnen verholfen habe.

konkret ist nur eine einzige liste bekannt, die damit gemeint sein koennte und zwar eine aufstellung aus dem jahre 1969 (vom 7. august 1969). diese liste enthaelt eine reihe von liegenschaften in der katastralgemeinde inzersdorf, bei denen die bisherigen bemuehungen der beamten der stadt wien zum erwerb nicht zielfuehrend waren. bei diesen grundstuecken, die fuer die planungsvorhaben der stadt aus dieser zeit von bedeutung gewesen waren, sollte daher erstmals gezielt versucht werden, das eigentum unter einschaltung von maklern zu erwerben. selbstverstaendlich sollte dies nur zu den fuer die gemeinde wien vertretbaren bedingungen geschehen. diese liste hat keineswegs zu spekulationsgewinnen privater gefuehrt, es war auch nur in zwei faellen zu verkaeufen an die stadt wien gekommen. weitere listen wurden an makler nicht weitergegeben.

### konkrete vorwuerfe a) marco polo-gruende:

die gemeinde wien hat jahrelang ankaufsverhandlungen im bereich noerdlich und suedlich der carabelligasse gefuehrt und etwa die haelfte der dort befindlichen grundstuecke erworben. aus gruenden der niedrighaltung der preise wurden die verhandlungen nicht for-

ciert, beziehungsweise waren die grundeigentümer auch gar nicht verkaufswillig. die für eine bebauung erforderlichen, fehlenden grundstücke wurden von babak und marek zu höheren preisen, als die gemeinde bereit war zu zahlen, erworben und der gesiba angeboten. die gesiba, die für dieses gebiet einen bebauungsvorschlag ausgearbeitet hatte, trat nach grundsätzlicher und einstimmiger genehmigung durch den aufsichtsrat am 5. dezember 1972 in konkrete kaufverhandlungen ein, die auch zu einem abschluss führten. die spätere entscheidung, ob diese grundfläche durch eine gemeinnützige bauvereinigung oder die gemeinde wien selbst bebaut wird, hat mit dem gründerwerb nichts mehr zu tun. für die nach der widmung zulaessige bebauung ist der bezahlte preis pro quadratmeter angemessen. der durchschnittliche preis für die gesamtfläche liegt im hinblick auf die günstigeren käufe in der vergangenheit sogar noch darunter.

#### konkrete vorwürfe b) tamariskengruende:

in den zeitungsberichten wurde auch im zusammenhang mit dem erwerb der tamariskengruende durch die fertigteilbau-wien-gesmbh (ftb) der vorwurf der bezahlung ueberhoehter preise erhoben. tatsache ist, dass die genannte firma von babak rund 97.000 quadratmeter grund und aus der konkursmasse marek ueber die volksbank purkersdorf rund 14.000 quadratmeter grund gekauft hat. für das erstgenannte grundstück hat die ftb einen kaufpreis von 32,5 millionen s bezahlt, was etwa 1,8 millionen s unter jenem betrag liegt, den babak 1973 dafür bezahlt hat. für das zweite grundstück erlegte die ftb 7 millionen schilling. die grundstücke hat die ftb der stadt wien zum preis von rund 49,9 millionen s angeboten, welche summe sich aus den der ftb dafür entstandenen kosten zusammensetzt. ueber das angebot wurde noch nicht verhandelt. auch eine moegliche verwertung dieser grundstücke ist noch nicht entschieden.

#### schlussfolgerungen:

aus den unterlagen (kontrollamtsbericht, berichte der magistratsdirektion) an die mitglieder des stadsenates geht eindeutig hervor, dass der in der oeffentlichkeit erhobene vorwurf der be-

guenstigung von spekulanten durch funktionaere und bedienstete der stadt wien nicht erhaertet werden kann.

dieser bericht wurde ausfuehrlich debattiert, wobei zu einzelnen fragen der amtsfuehrende stadtrat hans mayr und der herr kontrollamtsdirektor stellung nahmen. der herr kontrollamtsdirektor teilte mit, dass ein gewisser herbert derfler, dessen informationen und behauptungen die ganze debatte ausgeloesst hatten, endlich bereit war, dem kontrollamt schriftliches material zur verfuegung zu stellen. dieses material beinhaltete weitere listen von grundstuecken aber auch angeblich belege, die schwere anschuldigungen gegen funktionaere der stadt und deren tochtergesellschaften enthielten. vom herrn kontrollamtsdirektor wurde weiters mitgeteilt, dass das gesamte derfler-material der staatsanwaltschaft zur ermittlung uebergeben wurde.

der stadtsenat vertagte sich, wobei vereinbart wurde, die sitzung am 30. august 1978 fortzusetzen. fuer diese sitzung wurden berichte des herrn kontrollamtsdirektors ueber die untersuchungen der neuen von derfler ueberreichten aufzeichnungen, ein bericht von stadtrat hans mayr ueber grundankauefe von holdingfirmen, ein bericht von stadtrat prof. rudolf wurzer ueber veroeffentlichungen von planungsabsichten der stadt wien und ein bericht von mir ueber die bisherigen erfahrungen mit dem stadterneuerungs- und dem bodenbeschaffungsgesetz beziehungsweise ueber massnahmen zur bekaempfung von bodenspekulation vorgesehen.

in der sitzung am 30. august 1978 teilte der herr kontrollamtsdirektor mit, dass eine ins detail gehende untersuchung der neuen von derfler ueberreichten aufzeichnungen vorgenommen wurde. diese beinhalten in mehreren paketen aufzeichnungen mit grundstuecksnummern aus dem bereich wiener flur, voesendorfer feld und angaben ueber grundstuecke, die fuer das wohnbauprogramm 1971 - 1974 vorgesehen waren. zu den grundstuecken aus dem bereich wiener flur konnte erhoben werden, dass es nur in 5 faellen zu ankaeufen kam, bei denen makler allerdings nicht zwischengeschaltet waren. die listen mit den grundstuecken aus dem voesendorfer feld, die einen grundbuchsstand

etwa aus dem Jahre 1969 aufweisen, geben auch keine hinweise ueber spekulative ankaeufe. ankaeufe in diesem bereich wurden direkt von den voreigentuemern getaetigt, wobei der durchschnittspreis von 100 s pro quadratmeter angemessen war. ein groesserer grundankauf wurde von einer firma getaetigt, die uebrigen grundflaechen aus dieser liste befinden sich nach wie vor in privatem besitz. ein zusammenhang zwischen diesen listen und arbeitsbehelfen des magistrats ist nicht erkennbar. jene grundstuecklisten, die sich auf grundflaechen beziehen, die mit dem wohnbauprogramm zusammenhaengen, sind offensichtlich aus dem am 25. jaenner 1973 veroeffentlichten wohnbauprogramm direkt abgeschrieben. dieses wohnbauprogramm wurde in geschriebener form an etwa 40 dienststellen des magistrats zur weiteren bearbeitung ausgesendet, wobei eine vertraulichkeit des dokumentes nicht vorgesehen und auch nicht gegeben war.

die wirtschaftspolizei hat im auftrag der staatsanwaltschaft die untersuchung der uebergebenen materialien bereits aufgenommen und beamte des magistrats oder in diesem zusammenhang genannte personen einvernommen. ein ergebnis ist noch nicht bekannt, doch ist aus der art und weise, wie die listen erstellt wurden, anzunehmen, dass diese in einem maklerbuero verfasst wurden.

stadtrat prof. rudolf wurzer legte dem stadtssenat jene veroeffentlichten dokumente vor, aus denen jeder interessierte in wien entnehmen konnte, welche bauvorhaben im programm der stadt wien vorgesehen waren. insbesondere verwies stadtrat prof. rudolf wurzer auf das planungskonzept wien aus dem jahre 1962, das im buchhandel erhaeltlich ist und zum beispiel konkrete bebauungsvorschlaege fuer die grundstuecke noerdlich und suedlich der carabelligasse, in der folge marco polo-gruende genannt, beinhaltet. "der aufbau", die fachzeitschrift des stadtbauamtes, veroeffentlichte 1970 bebauungsvorschlaege fuer den wiener flur. im bericht "stadtplanung wien 1963 - 1969" von architekt conditt wurde die eignung der tamariskengruende fuer eine wohnbebauung dargelegt.

aus diesem bericht war erkennbar, dass die planungsueberlegungen der stadt keineswegs geheim waren und im sinne der transparenz sogar zur veroeffentlichung gedacht waren.

stadtrat hans mayr brachte den bericht der holding zur kenntnis, in dem der erwerb der tamariskengruende durch die ftb dargelegt wurde. in den jahren seit 1972 hat es mehrmals bemuehungen der gesiba

zur erwerbunG dieser grundstuecke gegeben, die aber zu keinen ankaeufen fuehrten. die ffb hat in der folge in zwei ankaeufen die tamariskengruende erworben, wobei ein durchschnittsquadratmeterpreis von 376 s bezahlt wurde. die ankaeufe erfolgten von babak beziehungsweise aus der konkurrensmasse marek.

wie aus dem bericht von stadtrat hans mayr weiter hervorging, hat die holding auch den ankauf des buerohauses rudolfsplatz durch die gesiba neuerlich ueberprueft. in der folge wurde eine ueberpruefung der gesamten gestion durch die zustaendigen organe der gesiba und der holding angeordnet, wobei die ermächtigung ausgesprochen wurde, rechtsanwaelte mit der pruefung von straf- und arbeitsrechtlichen aspekten zu befassen.

ich habe den stadteerat ueber die bisherigen erfahrungen mit dem stadterneuerungs- und dem bodenbeschaffungsgesetz informiert. das stadterneuerungsgesetz wurde bekanntlich am 3. mai 1974 vom nationalrat beschlossen. nachdem die erforderlichen beschluesse, verordnungen und massnahmen im bereich des magistrats getroffen wurden, konnte es in den gebieten ottakring, gumpendorf, ullrichsberg und storchengrund zur anwendung gebracht werden. die arbeiten im bereich ottakring sind am weitesten gediehen und es hat auch juengst die landesregierung die erklärung dieses gebietes zum assanierungsgebiet beschlossen.

aus den bisherigen erfahrungen ist zu erkennen, dass der vorlauf bis zur konkreten anwendung des gesetzes mindestens zwei jahre dauert und weitere zwei jahre fristen im gesetz vorgesehen sind, bis die als schärfste waffe vorgesehene enteignung angewendet werden kann. antraege von bezirksvertretungen liegen fuer 12 bereiche vor. konkret wurden aber im assanierungsbereich ottakring in der bearbeitungszeit 10 grundstuecke freihaendig erworben, was zweifellos eine nebenwirkung der getroffenen massnahmen ist.

die anwendbarkeit des bodenbeschaffungsgesetzes, das die umwandlung von landwirtschaftlich genutzten flaechen in bauland zum ziel hat, wurde fuer ein modellgebiet im 23. bezirk untersucht. dieser versuch fuehrte zu keinem positiven ergebnis, weil eingestreuter kleinbesitz und bebaute liegenschaften, die von den massnahmen dieses gesetzes ausgenommen sind, eine sinnvolle anwendung verhinderten.



inzwischen wurden uebrigens grosse flaechen in diesem bereich freihaendig erworben. die anwendbarkeit dieses gesetzes fuer den wiener raum wird aber weiter ueberprueft, setzt aber zusammenhaengende, unbebaute flaechen voraus, fuer die gueltige flaechenwidmungsplaene mit wohnbauwidmung bereits vorliegen muessen.

trotz der umstaendlichen prozedur, die bei der handhabung dieses gesetzes vorgesehen ist, werden weitere untersuchungen ueber geeignete flaechen vorgenommen. nicht uebersehen darf aber werden, dass die politisch festgelegte prioritaeet der stadterneuerung gegenueber der stadterweiterung bei der weiteren vorgangsweise zu beruecksichtigen sein wird.

ich habe in der folge berichtet, dass zur bekaempfung von bodenspekulation sofort besser und rascher zu handhabende gesetzliche bodenbeschaffungsbestimmungen erforderlich waeren, um den gemeinden die fuer den sozialen wohnungs- und siedlungsbau erforderlichen grundstuecke zu sichern. weiter sollte den gemeinden das eintrittsrecht in grundkaufvertraege gesichert werden und drittens die gemeinde ermaechtigt werden, eine sonderabgabe zur abschoepfung von realisierten umwidmungsgewinnen einzuheben. ich habe dem stadt-senat auch ueber die bisher ergriffenen massnahmen im bereich der wohnbaufoerderung gegen bodenspekulation berichtet.

in beiden sitzungen kritisierten die vertreter der opposition einzelne grundkaeufe beziehungsweise grundsaeztlich die vorgangsweise des magistrats und von holdingfirmen beim grundstuecksverkehr. dass es die fuer jedermann erkennbaren planungsabsichten der stadt einzelnen ermoeglichen, spekulative grundstuecksankaefe vorzunehmen, wurde von allen fraktionen bedauert, ist aber bei der gegebenen wirtschaftlichen und rechtlichen lage nicht vollstaendig auszuschliessen. fuer die weitere vorgangsweise haben die fraktionen selbstaendige vorschlaege vorgebracht. zu konkreten antraegen und beschluessen kam es nicht."

gr. o u t o l n y (spoe) stellte den antrag, ueber die mitteilung eine besprechung abzufuehren. auch dieser antrag wird vor schluss der gemeinderatssitzung behandelt. (sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (6):

## kulturschilling

17 wien, 12.9. (rk) gr. h a n k e (spoe) beantragte einen foerderungszuschuss fuer den wiener schubertbund von 150.000 schilling. gr. w i n d h a b (spoe) beantragte foerderungszuschuesse fuer die internationale nestroy-gesellschaft von 125.000 s und fuer den wiener kunstverein von 2,008.000 schilling fuer den umbau des heimatkinos zu einem theater.

zu allen drei antraegen erklarte gr. prof. b i t t n e r (oevp), dass die oevp sachlich gegen die foerderungszuschuesse nichts einzuwenden habe, die bedeckung aus dem kulturschilling werde jedoch abgelehnt. in a b a e n d e r u n g s a n t r a e g e n wird die bedeckung aus dem kulturbudget verlangt.

die berichterstatter, entgegneten im s c h l u s s w o r t , dass das kulturschillinggesetz durchaus derartige foerderungen vorsehe.

a b s t i m m u n g : die antraege wurden mit den stimmen der spoe angenommen, die abaenderungsantraege blieben mit den oevp- und fpoe-stimmen in der minderheit.

## bundesstrassen-vorfinanzierung

str. m a y r (spoe) beantragte die vom stadtsenat bereits vorgenehmigten vereinbarungen mit dem bund betreffend vorfinanzierung der reichsbruecke, der floridsdorfer bruecke samt brueckenkoepfen, der traisenbruecke, der ueberbrueckung prager strasse sowie des nordknotens. erstmals wird damit die floridsdorfer bruecke vom bund finanziert. ein drei milliarden-bauvolumen kommt mit dem vorfinanzierungsvereinbarungen zum tragen und damit der wirtschaft zugute.

gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) trat fuer die vereinbarungen ein, mit ausnahme der traisenbruecke. mit der neuen reichsbruecke und der neuen floridsdorfer bruecke stuenden 10 fahrbahnen zur ver-

fuegung - genau so viel wie seinerzeit mit der geplanten traisenbruecke. es sei zu befuerchten, dass sich mit der traisenbruecke zwangslaeufig der autobahnbau durch die brigittenau und auf der anderen seite ueber die alte donau ergaebe. das sei sowohl fuer die wohngebiete als auch fuer die erholungsgebiete nicht zu vertreten. ein f p o e - a b a e n d e r u n g s a n t r a g verlangt die streichung der traisenbruecke aus den vereinbarungen.

gr. h o f f m a n n (oevp) sprach sich ebenfalls gegen die traisenbruecke aus. die oevp habe zwar eine fuenfte donaubruecke gefordert, sei aber gegen den derzeit vorgesehenen standort. es gaebe noch kein stadtentwicklungskonzept, aus dem sich dieser standort zwingend ergebe. dass die floridsdorfer bruecke nun vom bund uebernommen wird, sei auf einen oevp-antrag im nationalrat zurueckzufuehren. auch ein o e v p - a b a e n d e r u n g s a n t r a g verlangt die streichung der traisenbruecke.

gr. s c h u l t z (spoe) wies darauf hin, dass seinerzeit beabsichtigt war, die alte floridsdorfer bruecke mit zusaetzlichen fahrbahnen auszustatten. neue reichsbruecke und neue floridsdorfer bruecke ergaeben zusammen also nicht die kapazitaet, wie sie mit einer fuenften donaubruecke geplant war. die angst vor einem autobahnbau quer durch die brigittenau sei nicht begruendet. es gaebe die verbindliche erklaerung des buergermeisters, dass daran in absehbarer zeit nicht gedacht ist, irgendwann waere eventuell eine unterflurtrasse moeglich. die zustimmung zur vorfinanzierung der traisenbruecke fuehre nicht zwangslaeufig zum bau der a 20. die neue bruecke wird hingegen wesentliche erleichterungen fuer die bewohner des 21. und 22. bezirkes bringen und den verkehr vieler pendler aus dem noerdlichen umland wiens erleichtern.

im s c h l u s s w o r t wies str. m a y r darauf hin, dass gr. hahn seinerzeit im nationalrat fuer den bau der autobahn a 20 gestimmt habe. zwei fragen seien zu beantworten: fuenfte donaubruecke - ja oder nein? und wo? alle experten erklaeren, dass die beiden neuen bruecken, floridsdorfer bruecke und reichsbruecke, gerade ausreichen werden, das verkehrsaufkommen zu bewaeltigen. durch den starken verkehr werden jedoch fahrbahnreparaturen unvermeidlich, dabei wuerde es zu engpaessen kommen. zur fuenften donaubruecke muesse daher eindeutig ja gesagt werden. was den standort betrifft,

sei es momentan nur moeglich, die von allen parteien beschlossene loesung im bundesstrassenplan zu akzeptieren. das Gegenteil wuerde bedeuten, dass wien die bruecke nicht bekommt oder selbst finanzieren muss. die fuenfte bruecke soll jedenfalls die funktion haben, die beiden leistungsfahigen verkehrsschienen links und rechts der donau zu verbinden. man sollte um die bruecke jetzt vor den wahlen keine scheingefechte fuehren.

a b s t i m m u n g : der antrag wurde mit den stimmen der spoe angenommen, die abaenderungsantraege blieben mit den stimmen der oevp und fpoe in der minderheit. (smo) (forts)

1400

gemeinderat (7):

## neue u-bahn-triebwagen

18 wien, 12.9. (rk) fuer den bau von 25 u-bahn-doppeltriebwagen beantragte gr. s e v c i k (spoe) einen betrag von 672 millionen. gr. k o p f e n s t e i n e r (spoe) fuehrte dazu aus, dass fuer die inbetriebnahme des gesamten u-bahn-grundnetzes insgesamt 128 u-bahn-triebwagen erforderlich sein werden. die 25 beantragten doppeltriebwagen sollen auf der strecke der u 1 vom praterstern bis kagran eingesetzt werden. der auftrag in dieser hoehe sei auch fuer die wiener wirtschaft wichtig.

a b s t i m m u n g : der antrag wurde einstimmig angenommen.

## wohnpark alt-erlaa

136,8 millionen beantragte gr. h a b e r l (spoe) fuer die errichtung von infrastrukturellen einrichtungen im wohnpark alt-erlaa.

stadtrat dr. g o l l e r (oevp) bezeichnete es als einen schildbuergerstreich der planung, dass erst zwei jahre nach der besiedelung des wohnparks die infrastruktur "nachgeliefert" werde. erst eineinhalb jahre spaeter sei der kindergarten, zwei jahre spaeter die schule in betrieb genommen worden. im sogenannten einkaufszentrum seien eine sparkasse und eine bank installiert. bei einer bauverzoegerung von vier jahren hat die baukostensteigerung insgesamt 769 millionen betragen. auch die mieten seien monatlich um 1.300 schilling teurer geworden. mit dieser baukostenerhoehung

haetten 400 andere wohnungen gefoerdert werden koennen.

"filzokratie par excellence" herrsche bei der wohnungsvergabe. die junge generation, die lediglich mit einer million an grundkapital des wohnparks alt-erlaa beteiligt sei, vergebe im baublock b 36,8 prozent oder 376 aller wohnungen. die junge generation habe fuer alle wohnbauten, die die gesiba errichtet, das alleinige vermittlermonopol. stadtrat goller fragte, ob die sonst ueblichen vermittlungsprovisionen an die junge generation auch beim wohnpark alt-erlaa, bei den oeffentlich gefoerderten wohnungen, eingenommen wurden. das rathaus duerfe nicht die geschaeftsstelle der spoe werden. aus diesem grund stelle die oevp-fraktion folgenden

r e s o l u t i o n s a n t r a g : im rahmen der kommunalen bauteaetigkeit der gemeinde wien und der wiener holding seien in zukunft baubetreuungsvertraege mit wohnbau-gesellschaften, die in einem nahverhaeltnis zu einer politischen partei stehen, nicht mehr abzuschliessen. (ba) (forts)

1404

gemeinderat (8):

wohnpark alt-erlaa (forts.)

21 wien, 12.9. (rk) es stimmt nur zu einem kleinen teil, dass die infrastruktur nicht gleichzeitig mit der besiedlung fertig wurde, erklaerte gr. h a b e r l (spoe) in seinem schlusswort. kein unternehmen kann zweitausend wohnungen gleichzeitig fertigstellen. kindergarten und schule gingen bis jetzt nicht ab, da sich ueber der strasse sowohl kindergarten als auch schule befinden. die wohnzufriedenheit in alt-erlaa ist sehr hoch. 99 prozent der von zwei meinungsforschungsinstituten befragten gaben an, dass die zufriedenheit ueber dem durchschnitt liegt. 47 prozent zeigten sich vollkommen zufrieden, 42 prozent gaben die note "2" in einer sechsteiligen skala, nur ein prozent die note "genuegend". "ungenuegend" kam ueberhaupt nicht vor. der wohnpark alt-erlaa ist eine gigantische leistung, die man nicht abwerten sollte.

a b s t i m m u n g : angenommen mit den stimmen der spoe und fpoe.

der antrag der oevp wurde mit den stimmen der spoe abgelehnt.

(ger)

1520

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (9):

## grundstuecksdebatte

22 wien, 12.9.(rk) zur begruendung des antrages auf besprechung der mitteilung von stadtrat nittel meldete sich gr. o u t o l n y (spoe) zu wort. man erlebt derzeit eine von einzelnen medien eingeleitete skandalisierungskampagne in grundstuecksfragen. funktionaere und beamte der stadt wien werden beschuldigt und verdaechtigt. der tatsaechliche sachverhalt wurde von stadtrat nittel dargestellt. die gesetzlichen moeglichkeiten im kampf gegen die bodenspekulation sind nicht genug wirksam. wirksamere massnahmen muessen ueberlegt werden.

a b s t i m m u n g : der antrag auf besprechung wurde einstimmig angenommen.

gr. o u t o l n y (spoe) verwies als erster debattenredner darauf, dass die spekulation mit grund und boden so alt wie das bestehende wirtschaftssystem ist und dass staedte und gemeinden nach wie vor mit unzuellaenglichen mitteln dagegen ankaempfen. die buergerliche presse vermeidet es jedoch, ueber das profitorientierte system zu schreiben. ein skandal ist es zum beispiel, dass sich die opposition von artikeln nicht distanziert, in denen behauptet wird, dass es keine probleme des systems, sondern eine unfaeihige, korrumpierte gemeinde gebe. im gemeinderatsausschuss fuer wohnen wurden 1.600 grundtransaktionen mit einer summe von vier milliarden schilling geprueft und genehmigt. die stadt wien hat sich auf dem schwierigen bodenmarkt bewaehrt. auch in der letzten rechnungsabschlussdebatte gab es kaum kritik auf diesem gebiet. 671 geschaeftstuecke wurden einstimmig, nur zehn gegen die stimmen der oevp beschlossen. bei diesen handelte es sich um kleinere transaktionen, wo es der oevp meist um die verwendung, nicht eigentlich um den akt ging. alle akte wurden von den oevp-gemeinderaeeten im ausschuss genauestens geprueft, und es gab eine gute zusammenarbeit. vielleicht liegt auch darin ein grund, warum gr. neunteufel, ein mitglied dieses ausschusses, diese skandalisierungskampagne nicht mitmachen wollte. im ausschuss wurden richtlinien erarbeitet und massnahmen

eingeleitet, die dazu beitrugen, dass die rechnung einiger der groessten spekulanten nicht aufgegangen ist. die grundsuetzlichen probleme der bodenbeschaffung sind damit allerdings nicht geloest. die groessten grundstuecksspekulationen in dieser stadt geschahen in der zeit, da die oppositionsparteien im nationalrat die schaffung wirksamer gesetze verhinderten.

durch das mietrechtsaenderungsgesetz 1974 ist es zumindest gelungen, der abbruchsspekulation einen riegel vorzuschieben. beim bauhoffnungsgebiet gingen spekulationen aber weiter. wirksamere gesetzliche massnahmen sind notwendig.

gr. outolny brachte folgenden b e s c h l u s s - u n d r e s o l u t i o n s a n t r a g ein:

"der gemeinderat der stadt wien beauftragt den herrn buergermeister, an die organe der bundesgesetzgebung mit dem ersuchen heranzutreten, gesetzliche bestimmungen zu erlassen, die

- 1) die gemeinden in die lage versetzen, jenen notwendigen grundstuecksbedarf zu sichern, der ihnen die fortfuehrung des sozialen wohnungsbaues, aber auch den bau von einfamilienhaeusern in siedlungsgebieten sowie die schaffung notwendiger oeffentlicher einrichtungen ermoeeglicht.
- 2) den gemeinden das recht einraeumen, im bedarfsfall in alle auf eine spekulative verwendung hinzielenden kaufvertraege, die im gemeindegebiet gelegenen grundstuecke betreffen, zu den in diesen vertragen festgelegten bedingungen einzutreten, wenn dies im oeffentlichen interesse gelegen ist.
- 3) die gemeinden ermaechtigen, tatsaechlich realisierte gewinne, die bei der umwidmung von unbebauten grundstuecken entstehen, abzuschöpfen, um die mobilitaet des grundstuecksmarktes sowie die transparenz der planungsvorgaenge aufrechtzuerhalten und auszubauen."

die heutige gemeinderatsdebatte ist ein versuch, die wiener liegenschaftspolitik zu resozialisieren, erklarte gr. dr.

h i r n s c h a l l (fpoe). bei transaktionen, die fuer die gemeinde schlecht ausgehen, tauchen immer wieder die namen machek, marek und babak auf und es war das spoe-mitglied ing. derfler, der die vorgaenge in diesem sommer aktualisierte. selbst der bundeskanzler

sprach in einem aktenvermerk "von geschaeften aeusserst bedenklicher natur".

es steht fest, dass bei den marco polo-gruenden die spekulatio-n durch den vorstand und den aufsichtsrat der gesiba beguenstigt wurde. fuer ein grundstueck, dessen schaetzwert von der magistratsabteilung 69 richtig mit einem wert von 250 schilling pro quadratmeter be-ziffert wurde, wurde die ermaechtigung erteilt, bis zu 600 schil-ling pro quadratmeter zu bezahlen. dies fuehrte zum vorwurf des kontrollamtes, die spekulatio-n indirekt beguenstigt zu haben. aus den berechtigten vorwuerfen des kontrollamtes wurden nicht nur keine konsequenzen gezogen, sondern im falle der tamariskengruende das ganze stueck noch einmal wiederholt. genauso wie bei den marco polo-gruenden kaufte diesmal die fertigteilbau von den herren babak und marek. durch den kauf zweier weiterer grundstuecke bei der erdberger laende und auf der poetzleinsdorfer hoehe ist die fertigteilbau mittlerweile selbst unter die spekulanten gegangen. das 8.800 quadratmeter grosse grundstueck auf der poetzleinsdorfer hoehe ist als gruenland gewidmet, befindet sich in steiler hang-lage und konnte jahrelang zu einem preis von 450 schilling pro quadratmeter nicht verkauft werden. die fertigteilbau legte dafuer 1.000 schilling pro quadratmeter aus. "wenn das keine spekulatio-n mit oeffentlichen geldern mit wissen der holding und von magistratsstellen ist (rufz.)", schloss dr. hirnschall seinen debattenbei-trag. (sei) (forts.)

1533

gemeinderat (10):

grundstuecksdebatte (forts)

23 wien, 12.9. (rk) gr. h a h n (oevp) erklarte, dass der bericht von stadtrat nittel den kontrollamtsbericht nicht ersetzen kann, aus dem hervorgeht, dass es auf keinen fall bei den gesiba-gschaeften korrekt zugegangen ist. 1974 betrug der durchschnittliche quadratmeterpreis 258 schilling, die tamariskengruende wurden dem gesiba-aufsichtsrat jedoch zu 470 schilling angeboten. die trans-aktion scheiterte durch den oevp-einspruch. als im februar die oevp

./.



in dringenden anfragen im Landtag und im gemeinderat die untersuchung der taetigkeit der gesiba und deren geschaeftsfuehrer dr. muchna verlangte, hat die spoe dr. muchna noch verteidigt. in der zwischenzeit sind aber noch viel aergere dinge bekanntgeworden, als die transaktionen um die marco-polo-gruende und die tamariskengruende. als finanzskandal ersten ranges beziehungsweise kriminalgeschichte koennen angesehen werden etwa die vorgaenge um das haus am rudolfsplatz, bei denen eine differenz von 11 millionen schilling zutage trat. in der amtszeit des ehemaligen stadtrates hintschig wurde auch die transaktion der jubilaeumshaeuser abgewickelt, mit der babak befasst war - naemlich mit einer grundstuecksgroesse, die im protokoll als tipfehler bezeichnet wird. die tamariskengruende wurden damals schon einmal angeboten, von der porr a.g. zu 200 schilling pro quadratmeter. unterlagen darueber finden sich aber nicht. zwei jahre spaeter wurden sie um 470 schilling angeboten. schliesslich wurde auch zugegeben, dass babak in der liegenschaftssache leopoldauer strasse dabei war. (zwischenruf n i t t e l : "erzaehlen sie doch die ganze geschichte, dass 180 mieter vor dem abbruch ihres hauses bewahrt wurden".) hahn: "dennoch war es abbruchspekulation, man haette einige wochen bis zum neuen gesetz warten koennen". (nittel: "die 180 mieter nicht".) wenn alles in ordnung war, sagte hahn weiter, warum hat man dann die oevp-forderung abgelehnt, dass den liegenschaftsakten alle vorbesitzer und unterlagen aus dem grundbuch beigelegt werden? tatsache ist, dass vorhaltungen des kontrollamtes nicht entkraeftet werden konnten. auf die entscheidende frage, ob es zwischen ma 40 und ma 69 bei ankaeufen keine koordination gaebe, hiess es, normalerweise schon. warum aber nicht im fall der 85.000 quadratmeter der tamariskengruende? einer musste jedenfalls alles wissen - einer der, jahrelang die doppel funktion in der gesiba und der liegenschaftsgruppe hatte. die gefahr jedenfalls, dass irgendjemand ein so grosses areal wegschnappen koennte, bestand nicht.

gr. s u t t n e r (spoe) erklaerte, dass journalisten bereits im sommer nach behandlung des rechnungsabschlusses und des kontrollamtsberichtes eine sondersitzung im herbst ankuendigten, damit dr. busek gelegenheit zum auftritt habe. so etwas geht sehr einfach: ein ganz ehrlicher kommt daher, erzaehlt etwas von listen, er moechte nur ein paar millionen haben, aber den klageweg nicht beschreiten.

und das wird dann grundlage fuer eine artikelserie, an die sich die opposition anhaengen muss. damit hat man in der sauren-gurkenzeit des sommers den "skandal". was ist aber inzwischen geschehen: nittel hat eindeutig klargelegt, was geschehen ist, der buergermeister hat in alle unterlagen einsicht gegeben, bezueglich marco-polo- und tamariskengruende. und in zwei sitzungen des stadtseats wurde ausfuehrlich darueber debattiert. da sind zunaechst die sogenannten listen - die sind eindeutig ein holler. wenn die opposition jemand weiss, der auf unredliche weise brauchbare listen weitergegeben hat, so soll sie denjenigen der staatsanwaltschaft nennen. eine ueberpruefung der listen, liegenschaft fuer liegenschaft, hat jedoch eindeutig ergeben, dass es grundstuecke sind, die im wohnbauprogramm erwaeht sind, einem programm, das vierzig dienststellen zugegangen ist, das mehr als tausend personen gekannt haben. enthalten sind viele kleine restflecken, die fuer ein vorhaben benoetigt werden, oft nur wenige quadratmeter. aus den listen ist auch keine transaktion zustande gekommen. was marco-polo betrifft, hat man sich ausfuehrlich im stadtseats ueber die moeglichkeiten unterhalten, die die gemeinde wien hat und die genossenschaften haben. was die holding betrifft, so wurde ein erster teilbericht bereits zur kenntnis gebracht, weitere untersuchungen wurden angekuendigt. und in den aufsichtsorganen, die untersuchen, sitzen die vertrauenspersonen aller vertretenen parteien. im stadtseats hatte man jedenfalls den eindruck einer sachlichen diskussion und gemeinsamer bemuehungen, um misstaende auf dem grundstuecksmarkt auszuschalten, aber offenbar geht es der opposition nur um die sensation, um das echo in der presse. der weg der verdaechtigungen und unbewiesenen behauptungen ist jedoch sehr gefaehrlich. so stimme die behauptung dr. hirnschalls nicht, dass makler die staendigen partner der stadt wien sind. es ist auch gefaehrlich, wenn laut kurier der fpoe-landesparteiobmann erklaert, wie koenne man heute spoe waehlen, also leute, die unter dem tisch millionen verschieben. aus all dem sind bedauerliche parallelen zu einer entwicklung im gemeinderat der dreissigerjahre zu erkennen. 1932 wurde im wahlaufruf der christlichsozialen partei behauptet, die sozialdemokraten haetten die einst so glueckliche lueger-stadt an den rand des grabes gebracht. spaeter wurde die verwaltung verunglimpft, die, wenn sie "nicht das

notwendige zuerst" tut, vom staatskommissar abgelöst werden müsste. das klingt so bekannt.

gegen sachliche kritik ist nichts zu sagen, sie befruchtet, man muss aber das gefuehl haben, dass kritik von sachlichkeit getragen wird, dass sie nicht zerstörend ist, nicht dem buerger seine stadt miesmacht. es kann der politiker nicht einseitig verteufelt werden. von praesident hahn nehme er, suttner, zur kenntnis, dass aufsichtsratsmitglieder nicht vollstaendig informiert werden koennen, er soll das auch anderen zubilligen. bleibt jedoch die frage: hat er, hahn, jemals den antrag auf abloesung des geschaeftsfuehrers gestellt? (smo) (forts)

gr. dkfm. holger b a u e r (fpoe) stellte fest, die debattenbeitraege seiner vorredner seien am eigentlichen thema vorbeigegangen. die tatsachen stellen sich folgendermassen dar:

die stadt wien und die gemeindeeigenen firmen glauben, trotz einer grundstueckreserve, die fuer 10 jahre ausreicht, noch weitere grundstuecke kaufen zu muessen. die stadt wien erstellt projekte fuer den zukuenftigen wohnbau. auf der anderen seite gibt es einen privatbesitz von landwirtschaftlich genutzten flaechen mit einem wert von 100 schilling pro quadratmeter. dann treten grundstueckspekulanten aufs tapet, die ein "gspuer" dafuer haben, wo die stadt wien zu kaufen und zu bauen beabsichtigt. ohne eigenkapital und grundbucheintragung erwerben sie den privatgrund um 300 schilling pro quadratmeter. wenige wochen spaeter ist die gesiba zur stelle und kauft den grund um 450 schilling pro quadratmeter ab. der profit betraegt 9 millionen innerhalb von wenigen wochen. die wohnungen werden dafuer etwa 20.000 schilling pro wohnungseinheit teurer.

dies seien indizien, die fuer eine spekulaton sprechen. ueber das strafbare vergehen werden die gerichte zu entscheiden haben. wie jedoch das rathaus auf die veroeffentlichung der spekulieren bodenankauefe reagierte, sei einer weiteren betrachtung wert. zuerst sei empoeerung ueber die anschuldigungen ausgebrochen, dann habe es geheissen, man wisse von nichts und schliesslich, als es nichts mehr zu leugnen gab, wurde die ganze affaere verniedlicht. statt einer klaren offenlegung wurde versucht, zu vertuschen. die indizien seien jedoch so schwerwiegend, dass sich die sozialistische partei in keiner weise der mitverantwortung dieses skandals entziehen koenne. (ba)  
(forts.)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (11):

grundstuecksdebatte (forts.)

24 wien, 12.9. (rk) die geschichte dieser gemeinderatssitzung sei eine groteske fuer die demokratie, meinte stadtrat dr. b u s e k (oevp). der sonderbericht des kontrollamtes ueber die marco polo-gruende vom jaenner 1977 wurde vom buergermeister eingesperrt. dann wurde der gesiba-geschaeftsfuehrer "geschasst". eine von dr. schau-mayer in der beteiligungskommission geforderte sonderpruefung wurde von der spoe abgelehnt. dann wurde die holding im sinne einer "nach-fuehlenden" kontrolle taetig. schliesslich fand das "hearing" des stadtsenates und nunmehr die gemeinderatssitzung statt. offensichtlich muss doch etwas passiert sein, sonst haette es doch keine mitteilung von stadtrat nittel und keinen beschluss- und resolutionsantrag der spoe gegeben. 1969 habe der damalige oppositionsabgeordnete gratz in einer publikation festgestellt, dass der interes-sensgegensatz zwischen regierung und parlamentsmehrheit geringer ge-worden sei. deshalb waere es sinnvoll, einer qualifizierten minderheit kontrollrechte einzuräumen. dem ist beizupflichten.

mehrheit ist nicht gleich wahrheit, erklarte busek. es ist not-wendig, fehler zuzugeben, die spoe haelt aber an fehlern fest.

die spoe wollte verhindern, dass massnahmen ergriffen werden. in den fragen, die den gemeinderat heute beschaeftigen, ist der bund unzustaeendig. waere die spoe daran interessiert gewesen, mass-nahmen zu ergreifen, dann haette sie eine gemeinderatssitzung be-antragt. informationen ueber beabsichtigte massnahmen auf dem grund-stueckssektor sind vorzeitig in kreise von interessenten und speku-lanten gelangt. einmal wurde bestritten, dass es listen gibt, einmal wurde gesagt, es gebe welche, einmal wurde erklart, sie seien un-wesentlich. warum wurde von den spekulanten immer der richtige zeit-punkt erkannt. die gemeinde hat durch beabsichtigte und durchge-fuehrte massnahmen der flaechenwidmung die spekulatien beguenstigt. die gesiba und die fertigteilbau haben diese politik mitgemacht.

./.

die klärung der politischen verantwortung ist notwendig. entweder lag kenntnis vor oder man hat sich nicht interessiert. direktor busta hat entweder etwas gewusst, oder er hat seine aufgabe als direktor nicht erfuehlt. das kontrollamt hat sich entweder nicht interessiert, oder es hat einen anderen auftrag gehabt. (ger) (forts.)

1555

gemeinderat (12):

grundstuecksdebatte (forts.)

25 wien, 12.9. (rk) ein mieser makler ist die basis, zwei zeitungsen berichten unreflektiert und die oevp hat ihren vermeintlichen skandal und damit wahl-schlager, erklarte gr. e d l i n g e r (spoe). damit sollte der schon oft versuchte dauerbrenner der skandalisierung - von langer hand vorbereitet - neu entzuendet werden.

es ist auch absolut kein zufall, dass man sich gerade grundstueckstransaktionen als thema fuer diese kampagne ausgesucht hat. handelt es sich doch hier um eine schwierige, aeusserst komplizierte materie, die die grossen schwaechen des bestehenden wirtschafts-systems mit aller deutlichkeit beweist. denn dass der grundstuecks-markt mitunter unsauber ist, dass es genuegend unkorrekte und hoechst zweifelhafte makler gibt, das ist eine einsicht, die von einer grossen zahl von wienern zum teil aus eigener erfahrung gewonnen wurde. die oevp wird noch heute gelegenheit haben, den beginn der radikalen trockenlegungs-bemuehungen dieses sumpfes durch zustimmung zu einem entsprechenden spoe-antrag zu unterstuetzen.

der oevp ging es bisher nur um das sammeln von wahlkampf-munition, weil sie im inhaltlichen wettstreit, im vergleich der arbeit fuer diese stadt, genauso unterliegt, wie beim vergleich der programme fuer die zukunft.

weiter erklarte edlinger, dass die spoe eine partei im histo-rischen sinn ist, die an die gesellschaft, aber damit auch an sich selbst, einen hoeheren moralischen anspruch stellt. die wiener oevp und ihr spitzenkandidat sind dagegen wahrlich nicht jene, die be-rechtigt sind, sich zu richter in sachen politischer moral aufzu-schwingen. edlinger erinnerte an den bestechungsversuch des oevp-

./.

abg. helbich, an die oevp-taetigkeit des geschaeftemachers berger und an die korrupsionsfaelle von krauland ueber haselgruber bis muellner. der steirische landeshauptmann nahm bedenkenlos von einer gemeinnuetzigen genossenschaft gelder, landesparteiobmann dr. busek findet nichts dabei, ein gehalt von einem verlag zu beziehen, fuer das er nach eigenem eingestaendnis keine wie immer geartete taetigkeit zu erbringen hat und der gleiche landesparteiobmann springt mit bewaehrten funktionaeren der eigenen partei um, als ob sie marionetten waeren. (sei) (forts)

1620

gemeinderat (13):

grundstuecksdebatte (forts)

26 wien, 12.9. (rk) gr. dr. m a y r (oevp) erklarte, dass die forderungen des von der spoe vorgelegten resolutionsantrags bereits vom buergermeister im parlament deponiert wurden, so dass es zumindest merkwuerdig ist, wenn das nun vom gemeinderat beschlossen werden soll. die freiheit von eigentum an grund und boden ist im grundrechtskataster enthalten und sollte unverletzlich bleiben. es ist aber unbestreitbar, dass eigentum und boden nicht unbeschraenkt ausgenuetzt werden sollten, sondern mit sozialen verpflichtungen verbunden sind. drei punkte seien massgeblich:

erstens: enteignung nur dann, wenn der sinn erkennbar ist und allgemeinen interessen vorrangig dient.

zweitens: enteignung im geringsten ausmass.

drittens: angemessene entschaeDIGung.

aber alles das ist mit den herrschenden gesetzen geregelt. laut bauordnung sind enteignungen fuer verkehrsflaechen, oeffentliche aufschliessungen, kindergaerten, schulen, spitaeler, etc. moeglich. bei unbebauten flaechen kann auch noch fuer andere oeffentliche zwecke enteignet werden. aber auch im stadterneuerungsgesetz steht ein entsprechendes instrumentarium zur verfuegung. vorkaufsrecht und enteignungsmoeglichkeiten sind gegeben. in vier jahren wurde es aber nicht einmal zu einer verordnung fuer die anwendung des stadterneuerungsgesetzes gebracht. wird jedoch nachgewiesen, dass das stadterneuerungsgesetz nicht genuegt, kann man sich zusammensetzen

./.

und darueber reden. das bodenbeschaffungsgesetz ist hingegen nach meinung der oevp in staedten nicht anwendbar, die oevp war daher im parlament dagegen. mit neuen gesetzen wird die staatsallmacht auf grund und boden angepeilt, neue apparate werden entstehen. das bodenproblem ist im magistrat durch bessere koordination und funktionierende grundverkehrskommissionen sowie besserer aktenausstattung zu loesen.

str. n i t t e l (spoe) erklarte, dass in vier stunden die fuer den buerger erhebliche frage behandelt wurde, ob der magistrat spekulanten beguenstigt oder nicht. er habe penibel die grundstuecksgebarung bis 1968/69 zurueck untersucht und dargelegt, und es wurde bewiesen, wie aeusserst wenig mit maklern gearbeitet wurde. seit 1974 wurde ueberhaupt nur ein einziges mal ueber einen vermittler gekauft. in der ganzen debatte wurde kein beweis erbracht, dass nur ein wort von seinem, nittels, bericht unrichtig war. aber dr. busek und dr. hirnschall behaupten wider besseres wissen, dass spekulanten beguenstigt wurden. sicher ist es vorstellbar, dass heute die situation der marco-polo-gruende anders beurteilt wird als vor sechs jahren, aber der vorwurf der spekulation ist nicht aufrecht zu halten. in der haltung des damaligen liegenschaftsstadtrates hintschig ist kein widerspruch zu sehen. haetten wir freilich damals schon ein eintrittsrecht der gemeinden gehabt, dann allerdings haette die gemeinde zu 290 schilling kaufen koennen. auch der vorwurf, dass die ftb die tamariskengruende zu ueberhoekten preisen gekauft hat, stimmt nicht. sie hat im gegenteil um 1,8 millionen billiger gekauft, als die spekulanten vorher. dass diese gruende fuer eine wohnverbauung geeignet sind, ist aus einigen dokumenten bekannt. die bekanntgabe von planungsvorhaben ist sicher problematisch, aber eine geheimplanung stuende im widerspruch zur gewuenschten transparenz. das verlangen, dass gegen unredliche beziehungsweise nicht konzessionierte vermittler etwas getan wird, heisst offene tueren einzurennen. die gemeinde wehrt sich mit ihren mitteln dagegen. das haus leopoldauer strasse war ein klassisches beispiel der abbruchspekulation. die gemeinde hat dafuer bezahlt, weil es galt, fuer 180 familien die wohnung zu erhalten. das war auch ein entsprechender antrieb fuer die mietrechtsaenderung. bei der wohnbaufoerderung wurden schliesslich jene ausgeschlossen, die mit ueberhoekten grundstueckspreisen bauen wollen. ausgeschlossen wur-

den auch die nicht-gemeinnuetzigen. wichtig ist nun, dass die bestehenden moeglichkeiten zur spekulationsbekaempfung wirksam ergaenzt werden, um rasch und unbuerokratisch zum schutze der wiener bei grundstueckstransaktionen einsteigen zu koennen. (smo) (forts)

gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) wies darauf hin, dass es nicht die parteien, sondern das kontrollamt gewesen sei, das eine beguenstigung zur spekulati on festgestellt habe. das bodenbeschaffungsgesetz sei zwar vor viereinhalb jahren beschlossen worden, die beiden verordnungen fuer seine durchfuehrung seien aber erst ein jahr bzw. drei jahre spaeter erlassen worden. noch niemals habe man versucht, es tatsaechlich anzuwenden.

a b s t i m m u n g : der resolutionsantrag der spoe ueber neue gesetzliche bestimmungen zur bodenbeschaffung wurde mit den stimmen der spoe angenommen (ba) (forts.)

1700

gemeinderat (14) :

dringliche oevp-anfrage

27 wien, 12.9. (rk) die debatte zur dringlichen anfrag ueber die grundstuecksspekulationen eroeffnete gr. h a h n (oevp). er rollte den fall tamariskengruende erneut auf und wies darauf hin, dass die oevp durch ihre einsprueche den wiener steuerzahlern mindestens 20 millionen schilling erspart habe. die unterlagen das kontrollamtes seien den klubobmaennern zwar vorgelegt worden, doch wurden sie einen tag spaeter zusaetzlich ergaenzt. die im umlauf geratenen listen seien zuerst geleugnet und dann als arbeitshilfe abgetan worden. am beispiel rudolfsplatz 13 sei erwiesenermassen der aufsichtsrat belogen worden. selbst dem kontrollamtsdirektor wurde eine differenz von elf millionen verschwiegen. der weiterverkauf eines hauses in der josefstaedter strasse, von - hahn - noch rechtzeitig verhindert, haette herrn babak 49 millionen schilling gewinn gebracht. es sei betruerblich, diese transaktion uebelster sorte "muecke" zu bezeichnen. dem buergermeister sei vorzuwerfen, dass er niemals agiere sondern nur reagiere und das zu spaet. (ba) (forts.)

1703



k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (15):

dringliche oevp-anfrage (forts.)

28 wien, 12.9. (rk) aus dem kontrollamtsbericht habe man erfahren, dass es zur bodenspekulation gekommen ist, erklarte stadtrat dr. g o l l e r (oevp). nun stehe man vor der traurigen erkenntnis, dass die bodenspekulation auch bei betrieben der stadt wien fortgesetzt wurde. dass sich auch die stadterneuerungsgesellschaft darauf einlaesst, ist wohl das traurigste kapitel. zur grundstuecksspekulation bedarf es mindestens zweier mitwirkender, eines spekulanten und eines kaeufers. die grundstuecksreserven reichen noch fuer sieben jahre, man muss nicht um jeden preis kaufen. die flaechenwidmungaenderung ist die staerkste waffe gegen die spekulation. seit 1974 gibt es ein stadterneuerungs- und ein bodenbeschaffungsgesetz. bei deren durchfuehrung war die sozialistische mehrheit mehr als saeumig. sie war unfaeelig, die geltenden gesetze zu realisieren.

die beiden stadtsenatssitzungen fuehrten zu weiteren unter- suchungen durch die holding und durch das kontrollamt. die liegen- schaft reisnerstrasse 55 - 57 kaufte die stadterneuerungsgesell- schaft um 20 millionen von einer firma, die sie eineinhalb jahre vorher um 13 millionen gekauft hatte. zwischen dieser firma und der gesiba besteht eine personelle verflechtung. bodenspekulation gibt es also neben der gesiba und der fertigteilbau auch bei der stadterneuerungsgesellschaft. diese trueben geschaeft gehen zu lasten der steuerzahler. (ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (16):

dringliche oevp-anfrage (forts)

29 wien, 12.9. (rk) hinter den beschuldigungen der oevp ist wenig substanz, erklarte gr. b r a u n (spoe). das zeigt sich laengstens dann, wenn es darum geht, voraussetzungen gegen die bodenspekulation zu schaffen. braun verwies auf den notwendigen grundstueckbedarf der stadt. der entschliessungsantrag der spoe waere eine der waffen, um diesen bedarf zu decken. der oevp geht es nur um theaterdonner, sonst haette sie dem antrag zugestimmt.

es gibt nun kaum einen bereich in der gemeinde, der wegen der entscheidungsunlust des buergermeisters nicht verunsichert ist, erklarte gr. dkfm. dr. maria s c h a u m a y e r (oevp). dem buergermeister muss vorgeworfen werden, dass er sowohl bei den durch ing. derfler aufgeworfenen fragen, als auch bei den marco-polo-gruenden "auf tauchstation" ging. das ist nicht neu. der buergermeister nahm schon den rechnungshofbericht aus dem jahre 1973 ueber das liegenschaftswesen offenbar nicht ernst. in der sache kommt nun erschwerend hinzu, dass bei den grundstueckspekulationen personen beteiligt sind, die zu einer besonderen treuepflicht zur stadt standen und dass das kontrollamt in wahrnehmung seiner aufgaben behindert gewesen sein duerfte. die spoe will in dieser sitzung nicht aufklaeren, sondern mit sowenig aufsehen wie moeglich ueber die sitzung hinweg kommen. (sei)

gr. johanna d o h n a l (spoe), warf der oevp vor, dass sie den wahlkampf in den gemeinderat getragen hat. unter fadenscheinigen vorwaenden ist die sondersitzung verlangt worden. dieser wahlkampf-hoehepunkt erweist sich jedoch als pleite. alle sogenannten bewiese stuetzen sich lediglich auf "profil". die oevp fuehrt einen wahlkampf der verunsicherung, der skandalisierung, der persoentlichen diffamierung. das wurde sogar einem langjaehrigen oevp-funktionaer zuviel, und der hat die konsequenzen gezogen. es ist das recht einer partei, unzuukoemlichkeiten aufzuzeigen - die spoe hat das immer

wahrgenommen. verwerflich ist es aber, dort von skandalen zu reden, wo es keine gibt. was aus der abwertung der politiker entstehen kann, hat man schon einmal erlebt, nach dem krieg, als viele menschen die politik als schmutziges geschaeft ansahen. politik und moral muessen aber eine einheit bilden. man kann nicht fuer jahre lang mitarbeiten und mitbestimmen, und dann den politischen gegner ohne beweis diffamieren - das ist unmoralisch. die oevp hat mit der verunsicherungskampagne schon einmal, vor den letzten nationalratswahlen schiffbruch erlitten. jetzt verbreitet sie in wien unsicherheit mit der stadtbahn, dem gasrohrnetz, einer faelschlich behaupteten steigenden jugendkriminalitaet.

die oevp verlaesst sich auf die verunsicherung, weil sie offenbar erkannt hat, dass sie mit ihren konservativen standpunkten die bevoelkerung nicht gewinnen kann. die oevp hat aber den bogen ueberspannt. die sozialisten werden den wahlkampf dort fuehren, wo er hingehoert, vor den waehlern. (smo) (forts.)

1756

gemeinderat (17):

dringliche oevp-anfrage (forts.)

30 wien, 12.9. (rk) der debattenbeitrag seiner vorrednerin sei der absolute tiefpunkt der heutigen gemeinderatssitzung gewesen. das einzige, wozu die spoe imstande ist, sei zu reglementieren. hoeren sie mit ihren skandalen auf, und wir werden aufhoeren, ihre skandale aufzuzeigen, sagte gr. dipl.-kfm. a m m a n n (oevp). die spoe werfe der opposition immer persoentliche diffamierung vor. was sage sie zu "dr. maus" im extrablatt und zu der unterstellung, busek beziehe einkommen, die er gar nicht verdiene. die liste der schwarzen provisionen solle endlich vorgelegt werden, gr. edlinger muesse ja am besten wissen, wo diese gelder hingekommen seien.

wenn es der oevp mit ihren slogan "wer diese stadt liebt, muss mehr fuer sie tun" wirklich ernst sei, haette sie den antrag der spoe fuer wirksamere gesetzliche massnahmen gegen die bodenspekulation zugestimmt, stellte gr. r o s e n b e r g e r (spoe) fest. dieser antrag waere eine gemeinsame basis fuer die zukunft gewesen. /.

schon im parlament habe die oevp jedoch klar zum ausdruck gebracht, dass sie nicht gewillt sei, die bodenbeschaffung einer gesetzlichen loesung zuzufuehren.

die spoe werde dort massnahmen setzen, wo die moeglichkeit fuer eine spekulation gegeben ist. einer grundsuetzlichen verurteilung ohne vorhergehenden gerichtsverfahren werde sie niemals zustimmen. die oevp verurteile bereits auf grund unbewiesener zeitungsaartikel. im interesse einer planungstransparenz habe es uebrigens schon 1971 in der zeitschrift "aufbau" detaillierte bebauungsplaene ueber die jetzt so umstrittenen grundflaechen gegeben.

nicht alternative sachfragen sondern diffamierungskampagnen bestimmen seit 1945 die gemeinderatswahlkaempfe der opposition. (ba)  
(forts.)

1806

gemeinderat (18):

dringliche oevp-anfrage (schluss)

31 wien, 12.9. (rk) gr. e d l i n g e r (spoe) erklaerte, gr. ammann habe behauptet, dass er - edlinger - am besten wissen muesse, wohin die schmiergelder gekommen sind. dies beinhaltet die unterstellung, dass er schmiergelder angenommen habe. dies sei die niedertraechtigste und schmutzigste verleumdung, die er je in diesem haus gehoert hat. edlinger erklaerte, er werde mit allen ihm zur verfuegung stehenden mitteln dagegen vorgehen. gr. ammann moege sich zumindest entschuldigen.

gr. a m m a n n (oevp) erklaerte, er habe gesagt, edlinger muesse es "besser" wissen. gr. edlinger soll sich zuerst fuer seine aeusserungen im zusammenhang mit landeshauptmann niederl und stadtrat busek entschuldigen.

buergermeister leopold g r a t z beantwortete die dringliche anfrage der oevp wie folgt:

"z u f r a g e 1 : am 31. august 1978 ging mir ein gemeinsames schreiben des oevp- und fpoe-klubs zu, in dem mit einer umfangreichen begruendung das verlangen gestellt wurde, eine sitzung des

s/.

wiener gemeinderates einzuberufen. ein solches verlangen bedarf, wenn es von mindestens 25 mitgliedern des gemeinderates unterzeichnet ist, keiner weiteren begruendung. da das verlangen der beiden klubs insgesamt 26 unterschritten aufwies, war ihm ohneweiteres nachzukommen.

ein begehren auf aufnahme eines beratungsgegenstandes findet jedoch in paragraph 17 abs. 4 der wiener stadtverfassung keine deckung.

ich erklarte bereits oeffentlich, dass ich der meinung bin, dass eine besprechung der oevp-vorwuerfe im gemeinderat nicht zur klaerung der sache beitraegt, sondern lediglich einen teil der skandalisierungskampagne der oevp im rahmen ihres wahlkampfes darstellt. aus diesem grund habe ich eine besprechung der materie nicht auf die tagesordnung gesetzt.

ich bitte um verstaendnis dafuer, dass ich mein verhalten nicht an den wahltaktischen erfodernissen der oevp orientiere.

z u f r a g e 2 : nach den mir vorliegenden informationen sind die ermittelungen der holding nicht abgeschlossen. ich bin ueberzeugt, dass die holding konsequenzen ziehen wird, wenn sich herausstellen sollte, dass ein bediensteter der gesiba dem kontrollamt unterlagen oder informationen vorenthalten hat. dem gemeinderat bereits mitgeteilt hat, ueberprueft die holding derzeit die gestion der gesiba.

z u f r a g e 4 : die pruefung der stadterneuerungsgesellschaft durch das kontrollamt beschraenkte sich auf pruefung der bilanz, hatte jedoch nicht eine gezielte untersuchung einzelner grundtransaktionen zum gegenstand.

z u f r a g e 5 : die frage, ob ueberpreiszahlungen vorgenommen wurden, wurde von herrn amtsfuehrenden stadtrat heinz nittel bereits beantwortet. nach seinen mitteilungen war fuer den bereich der marco-polo-gruende der bezahlte preis pro quadratmeter angemessen. die frage rudolfsplatz wird, wie bereits ebenfalls berichtet wurde, derzeit von der holding geprueft.

z u f r a g e 6 : ich weise ihre unbewiesene behauptung, im bereich der stadt wien seien zum nachteil der steuerzahler und wohnungswerber manipulationen und transaktionen erfolgt, auf das entschiedenste zurueck (rufz.) ich werde, wie sie sich ausdruecken, in meiner verantwortung als buergermeister dafuer sorgen, dass

funktionaere und beamte der stadt wien, die sich redlich bemuehen, auf dem schwierigen und knappen wiener grundstuecksmarkt die fuer wohnbau und andere oeffentliche zwecke erforderlichen flaechen anzukaufen, nicht aus durchsichtigen politischen motiven unehrenhafter handlungen bezichtigt werden."

gratz erklarte, ihn persoendlich erschuettere das verhalten einer partei, die verbissen jede kleinste einschraenkung der hemmungslosen ausuebung privater eigentumsrechte ablehnt und ver-teufelt, und nunmehr seit wochen im wahlkampf verbale kraftakte gegen spekulanten setzt. das stadterneuerungs- und das bodenbe-schaffungsgesetz mussten punkt fuer punkt gegen den zaehen hin-haltenden widerstand der oevp durchgesetzt werden. die gesetze sind bezueglich ihrer anwendbarkeit entsprechend geworden. es geht nicht nur um den einzelnen spekulanten.

auf dem grundstuecksmarkt funktionieren die gesetze der markt-wirtschaft zum schaden der allgemeinheit. schon das abgb aus dem jahre 1811 sah die moeglichkeit der enteignung zum allgemeinen besten vor. 1878 wurde ein eisenbahnteignungsgesetz geschaffen. ebenfalls noch in der monarchie wurde das sogenannte wiederbesiedlungsgesetz geschaffen: wenn ein grundstueck, das urspruenglich bauernland war, fuer andere zwecke genutzt wurde, so konnte es aufgrund dies gesetzes seiner urspruenglichen nutzung zwangsweise wieder zugefuehrt werden. auch fuer strassen und seilbahnen wurden enteignungsmoeglich-keiten geschaffen. fuer wohnungszwecke gibt es nur das stadterneue-rungs- und das bodenbeschaffungsgesetz mit sehr langwierigen ver-fahren. wenn man mit grossem pathos massnahmen gegen die spekulation verlangt, so muesse man auch bereit sein, wohnungssuchende zumindest lokomotiven gleichzustellen. gratz forderte dazu auf, im nationalrat regelungen zuzustimmen, die es den gemeinden tatsaech-lich erlauben, im interesse der bevoelkerung fuer den sozialen wohnbau, fuer schulen, kindergaerten, siedlungsanlagen und er-holungsflaechen grundstuecke zu angemessen preise zu erwerben.

(ger) (forts.)

1900

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (19):

dringliche anfrage (forts)

32 wien, 12.9. (rk) anschliessend wurde ueber die dringlichkeit der vorliegenden oevp- und fpoe-antraege zu grundstuecksfragen beraten. gr. dr. m a y r (oevp) begruendete die dringlichkeit damit, dass eine moderne stadt ohne eine aktive bodenpolitik nicht auskommt und dass durch wesentliche massnahmen im magistrat selbst die derzeit auftretenden probleme geloest werden koennten.

gr. m a y r h o f e r (spoe) erklarte, dass der vorliegende antrag ganz im sinne der oevp-taktik der skandalisierung liege und dass weiter einige anregungen auf ueberlegungen von stadtrat nittel zurueckgehen.

a b s t i m m u n g : fuer die dringliche behandlung stimmten oevp und fpoe. wegen der fehlenden mehrheit wurde der antrag den gemeinderatsausschuessen inneres und buergerservice sowie wohnen zur behandlung zugewiesen.

gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) erklarte, dass die fertigteilbau in bedenklicher weise grundflaechen im grossen ausmass aufgekauft habe und es nun, da die entsprechende widmung fehlt, zu einer gefaehrlichen situation fuer diese firma kommen koennte. der amtsfuehrende stadtrat fuer finanzien und wirtschaft muesste als eigentumsvertreter weisungen geben, die solche praktiken verhindern.

gr. d e i s t l e r (spoe) erklarte, dass der inhalt des antrages zum teil schon ueberholt sei, da vom zustaendigen stadtrat bereits weisungen erteilt wurden.

a b s t i m m u n g : fuer die dringliche behandlung stimmten oevp und fpoe. wegen der fehlenden mehrheit wurde der antrag dem gemeinderatsausschuss finanzien und wirtschaft zur behandlung zugewiesen.

gr. s c h r e i n e r (spoe) richtete als vorsitzender in seinem s c h l u s s w o r t an die gemeinderaete aller fraktionen die bitte, die debatten in der naechsten legislaturperiode nicht im gleichen stil wie heute zu fuehren. sollten naemlich schwierigere wirtschaftliche zeiten kommen, koennten aus so gefuehrten debatten bewegungen und stroemungen entstehen, wie sie aeltere anwesende aus eigener erfahrung noch kennen und deren aufkommen fuer alle schaedlich waere. (sei) (schluss)

L o k a l :

=====

wiener marktamsbeamte sammeln ... (2)

20 wien, 12.9. (rk) die zahl der aus sicherheitsgruenden beschlagnahmten plastikschleudern steigt staendig: die marktamsbeamten haben bereits an die 9.200 schleudern sichergestellt, um einer verletzung weiterer kinder vorzubeugen. insgesamt sind derzeit 86 mitarbeiter des marktamtes mit der fahndung nach dem gefaehrlichen spielzeug befasst. (and) (forts. moegl.)

1424